

WORTE DER WOCHE

»Ich fass' es nicht: Die wollen all das Öl im Boden lassen!«
Gazprom-Mitarbeiter Gerhard Schröder nach Konsultationen in Ecuador und Bolivien.

»Ich werde nicht so schnell das Handtuch ins Korn werfen!«
Ex-Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann auf die Frage eines Journalisten, ob er Berufung gegen seine Verurteilung wegen Steuerhinterziehung einlegen wolle.

»Künftig werden Unternehmen, die weniger als 30 Prozent Frauen im Vorstand haben, aus dem Dax gestrichen!«
Sprecherin der Deutschen Börse auf der Jahrespressekonferenz in Frankfurt.

»Besser zwei Jahre auf Bewährung als 24 Monate Hartz IV.«
Peter Hartz, ex-VW-Vorstand nach einer erneuten Verurteilung wegen Untreue und Begünstigung.

»Gut, dass meine Altersversorgung nicht von den Finanzmärkten abhängig ist.«
Walter Riester, MdB

»Mehr als 20 Stunden Lohnarbeit pro Woche ist einer zivilisierten Gesellschaft nicht würdig.«
Ex-Arbeitsminister Norbert Blum, nachdem er Florida-Rolf auf Norderney besucht hatte

Besser leben mit weniger Wachstum

Eine gemeinsame Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Freiburger Öko-Instituts hat ergeben, dass auch bei stagnierendem oder sogar sinkendem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein Zuwachs an Lebensqualität für die Bevölkerung im Prinzip möglich ist.

Da das BIP nur Geldströme misst ohne Rücksicht darauf, was auf welche Weise produziert wird, würden dabei auch gemeinwohlschädigende Aktivitäten als positiver Zuwachs verbucht. In vielen Bereichen, so die Autoren der Studie, überstiegen die Schäden des Wachstums bereits den Nutzen. Die beständige Zunahme des LKW-Verkehrs beispielsweise verursache Umwelt-, Gesundheits- und Infrastrukturschäden in Milliardenhöhe, werde aber nach wie vor als Plus in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbucht.

Auf der anderen Seite würden viele für die Gesellschaft grundlegende Tätigkeiten überhaupt nicht berücksichtigt wie Haushaltsarbeit, Kindererziehung und ehrenamtliche Tätigkeiten. Das BIP sei daher nicht einfach mit Wohlstand gleichzusetzen.

Tatsächlich habe sich der Zusammenhang zwischen BIP und realer Lebensqualität in Deutschland seit Mitte der 80er Jahre umgekehrt: Trotz moderat wachsendem BIP ist die Arbeitslosigkeit seither massiv gestiegen, die ungleiche Verteilung von Einkommen hat sich zugespitzt, Arbeitszeit und Belastung am Arbeitsplatz nehmen für die meisten Menschen ebenso zu wie umweltbedingte Gesundheitsrisiken.

Im Umkehrschluss heiße dies aber nicht, dass sinkendes BIP automatisch zu mehr Lebensqualität führt. Im Gegenteil: Unter Bedingungen kapitalistischer Produktion verschärfe bereits ein Nullwachstum die sozialen Gegensätze.

Voraussetzung für einen Wandel hin zu mehr Lebensqualität auch bei stagnierendem oder sinkendem BIP sei daher eine Zunahme nicht profitorientierter Unternehmen am gesamten Wirtschaftsvolumen sowie politische Rahmenbedingungen, die Arbeitszeitverkürzungen und eine gerechtere Verteilung der Einkommen auf nationaler und internationaler Ebene durchsetzen. **FABIAN SCHEIDLER**

Ohne Lobby

Neues Gesetzespaket soll Einfluss von Lobbyisten beschränken und Demokratie fördern **VON ULRICH MÜLLER**

Im Bundestag legt der Untersuchungsausschuss zur Rolle der Finanzlobby beim Entstehen der Wirtschaftskrise heute seinen Abschlussbericht vor. Nach einer Vorabfassung, die der ZEIT vorliegt, kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die Finanzbranche und ihre Lobbyorganisationen über Jahre hinweg erheblichen direkten Einfluss auf die Politik hatten. So kritisiert der Bericht zum einen die Rolle der Finanzlobby bei der Entstehung der Krise, z. B. durch die Mitarbeit von Lobbyisten mit Schreibtischen im Finanzministerium an wichtigen Deregulierungen wie der Zulassung von Hedgefonds in Deutschland. Andererseits habe die Lobby über großen Einfluss auf die ersten Maßnahmen zur Überwindung der Krise gehabt. Die Bundesregierung habe Expertengruppen wie die Gruppe „Neue Finanzarchitektur“ einseitig besetzt, ausdrücklich wird dabei die problematische Berufung von Otmar Issing hervorgehoben, der zugleich als Berater von Goldman Sachs arbeitete. Der Bericht kritisiert auch die zu engen Verflechtungen zwischen Politik und Finanzindustrie, gerade auf Ebene der Staatssekretäre. Zur Überwindung der Krise seien nicht nur neue Regeln für die Finanzmärkte

nötig, sondern auch Regeln, um den Einfluss der Lobbyisten einzudämmen.

Es wird allgemein erwartet, dass der neue Bericht die Verabschiedung des neuen Gesetzespakets „Mehr Demokratie – Schranken für Lobbyisten“ beschleunigen wird. Teile des Pakets sind ein vollständiges Verbot der Mitarbeit von Lobbyisten direkt in den Ministerien und Karenzzeiten für Regierungsmitglieder. Ein fliegender Wechsel von Politikern in Lobby-Tätigkeiten wie im Falle von Gerhard Schröder (SPD) zu Gazprom oder Otto Wiesheu (CSU) zur Deutschen Bahn soll der Vergangenheit angehören. Zugleich sieht das Gesetz stärkere politische Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger vor und eine Förderung der politischen Bildung bereits in der Schule. Bereits vor zwei Monaten hatte der Bundestag die Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters beschlossen, in dem alle Lobbyisten ihre Auftraggeber und Budgets offen legen müssen.

Das Bundesfinanzministerium kündigte bereits erste Konsequenzen an. „Wir werden uns aus Lobbygruppen wie der ‚Initiative Finanzstandort Deutschland‘ zurückziehen“, erklärte ein Ministeriumssprecher. Die

Verflechtung zwischen privatwirtschaftlicher Lobbygruppe und staatlichen Institutionen gefährde die Gemeinwohl-Verpflichtung des Staates. Es müsse wieder klare Grenzen zu Lobbygruppen der Wirtschaft geben.

Eine Sprecherin der zivilgesellschaftlichen Allianz für Demokratie begrüßte diesen Schritt, mahnte aber die schnelle Umsetzung weitreichender Reformen an. „Wir brauchen eine umfassende Demokratisierung, Regierung und Parteien müssen stärker auf die Interessen aller Menschen achten, statt einseitig auf finanzstarke und einflussreiche Lobbyorganisationen zu hören“. Die Allianz hatte mit ihren Protesten und Recherchen maßgeblich zur Einrichtung des Untersuchungsausschusses und Entwicklung des Gesetzespakets beigetragen. Sie plant für heute zahlreiche dezentrale Aktionen im Regierungsviertel. Die Initiative LobbyControl, Gründungsmitglied der Allianz, stellt in diesem Rahmen die vierte Auflage ihres lobbykritischen Stadtführers „LobbyPlanet Berlin“ vor.

Mehr dazu unter www.lobbycontrol.de

Editorial

Sie werden sich wundern, dass in dieser Ausgabe der ZEIT manches anders ist als sonst. Nicht nur die großen Veränderungen in der Welt haben uns dazu bewegt, sondern auch Veränderungen in unserer Redaktion und unserem Selbstverständnis.

Unsere Philosophie war lange: Meinungen gestalten statt investigativ zu berichten. Auch wenn wir hin und wieder fundierte Artikel über die Klimakatastrophe oder Ausbeutungsverhältnisse in der globalisierten Wirtschaft brachten, so haben wir uns doch mehr als Teil der Macht verstanden denn als ihr kritischer Gegenpart.

So erklärt es sich auch, dass unsere Chefredakteure und ich als stellvertretender Chefredakteur in zahlreichen Elitezirkeln vertreten waren, die die Öffentlichkeit scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Ich selbst habe seit 1997 an den sogenannten Bilderberg-Konferenzen teilgenommen, in denen sich Persönlichkeiten wie Josef Ackermann, Henry Kissinger, Klaus Zumwinkel, Paul Wolfowitz und viele andere treffen, um darüber zu diskutieren, welches Schicksal sie der Welt zudenken wollen. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit dürfen auch eine Reihe von Medienvertretern dem erlauchten Kreis angehören. Sie sehen: Die Idee der „embedded journalists“ gibt es nicht nur im Irak. Ich habe jedes Jahr teilgenommen und kein einziges Mal darüber berichtet. Heute frage ich mich, wie wir damals zu einer solchen Verletzung von journalistischem Ethos fähig waren.

Theo Sommer, unser langjähriger Chefredakteur, vertrat DIE ZEIT vor mir in diesem Zirkel. Ein einziges Mal hat er Jahre später im Magazin message etwas dazu gesagt:

„Für Deutschland saßen im Lenkungsausschuss immer zwei Leute: einer, der den intellektuellen Input brachte, der sagte: Das wäre ein Thema, das wäre ein Redner. Und einer, der die Finanzen besorgte, der Fundraising betrieb bei Banken und großen Unternehmen. Lange Zeit war ich der ideelle Part und der finanzielle war Alfred Herrhausen.“

Theo Sommer war außerdem – ebenso wie Helmut Schmidt – regelmäßiger Teilnehmer der trilateralen Kommission, einem weiteren Elitezirkel, etwas weniger geheimniskrämerisch als Bilderberg, aber auch nicht ohne Brisanz. Hier treffen sich EU-Kommissare, Notenbankpräsidenten, Top-Manager von Konzernen wie Carlyle, JPMorgan-Chase, höchststrangige Militärs, BDI-Vertreter usw. Auch darüber haben wir so gut wie nie berichtet.

Natürlich darf man diese Konferenzen nicht überschätzen. Sie sind keine geheime Weltregierung, sondern – ebenso wie die regelmäßigen Treffen in Davos und andere informelle Elite-Treffen – Teil eines Netzwerks, in dem Vertreter von Staat, Kapital und Militär versuchen, ihre Interessen jenseits demokratischer Kontrolle zu koordinieren und geltend zu machen.

Diese Netzwerke werden zu einem ernsthaften gesellschaftlichen Problem, wenn darüber keine Auseinandersetzung statt findet. Wenn diejenigen, die darüber berichten könnten, sich schweigend am Büffet gütlich tun, werden demokratische Prozesse konterkariert.

Für die Redaktion der ZEIT ist es ein Anliegen, mit diesem Schweigen zu brechen und an die Seite der interessierten und wachen Bürgerinnen und Bürgern zurückzukehren. Unsere Aufgabe als Journalisten besteht nicht darin, mit am Tisch zu sitzen, sondern zu berichten und kritische Fragen zu stellen. Das werden wir in Zukunft tun. **MATTHIAS TROCKEN**

Deutschland schreit nach Reformen.



Als dieser Junge 2009 auf die Welt kam, hatte er schon 50.000 Euro Schulden. Weil unser Staat den Banken, die für die größte Wirtschaftskrise seit 1929 verantwortlich sind, zur Rettung zig Milliarden Euro spendierte. Das musste sich ändern, weil wir weder diesem noch anderen Babys weitere Schulden aufbürden können.

Deshalb haben wir uns erfolgreich für eine wirksame Kontrolle der Finanzwirtschaft eingesetzt. Dank der von uns angeregten großen Wirtschafts- und Steuerreform werden die Kosten der Krise jetzt von denen bezahlt, die sie verursacht haben: den Banken und Aktionären, die vorher in Zeiten des Neoliberalismus Rekordgewinne eingefahren hatten. 20 Jahre hatten sie eine gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Arm zu Reich betrieben. Wir helfen, das rückgängig zu machen.

Gut, dass eine marktradikale Lobbyorganisation wie die ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ (INSM) sich gerade aufgelöst hat. Ihre Ideologie ist – für alle sichtbar – gescheitert.

Wir laden alle Bürger ein, sich weiter an der Diskussion um ein neues, zukunftsfähiges Wirtschaftssystem zu beteiligen.

Denn nur so gibt es Chancen für alle!

CHANCEN FÜR ALLE

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft